

## [Die Ukraine in der Sommerpause: Gezerre ums Gas](#)

**05.08.2010**

Die sechste Sitzungsperiode der Werchowna Rada, dem Parlament der Ukraine, endete Mitte Juli. Mittlerweile haben sich alle Abgeordneten, Regierungsmitglieder und sogar Präsident Janukowytsch in die Sommerferien verabschiedet. Die Zeit vorher war geprägt von wichtigen Entscheidungen und Weichenstellungen für das Land. Die Serie „Ukraine in der Sommerpause“ fasst die wichtigsten Ereignisse zusammen.

Die sechste Sitzungsperiode der Werchowna Rada, dem Parlament der Ukraine, endete Mitte Juli. Mittlerweile haben sich alle Abgeordneten, Regierungsmitglieder und sogar Präsident Janukowytsch in die Sommerferien verabschiedet. Die Zeit vorher war geprägt von wichtigen Entscheidungen und Weichenstellungen für das Land. Die Serie „Ukraine in der Sommerpause“ fasst die wichtigsten Ereignisse zusammen:

- [Teil 1: Verfassungsänderung um jeden Preis?](#)
- **Teil 2: Gezerre ums Gas**
- [Teil 3: Außenpolitik](#)

von Dr. Kyryl Savin und Andreas Stein

### **Gezerre ums Gas**

Entscheidungen fielen auch im Bereich der Wirtschaft. Am 3. Juli konnten die langwierigen Verhandlungen mit dem IWF abgeschlossen werden, wobei nun ein neues Stand-by-Programm über zweieinhalb Jahre und etwa 14,9 Milliarden Dollar vereinbart wurde. Bedingung für dieses Programm ist die Begrenzung des Budgetdefizits auf 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr und auf 3,5 Prozent im Jahr 2011. Das betrifft insbesondere eine Reduzierung des Defizits des staatlichen Gasunternehmens „Naftogaz“, welches in diesem Jahr bei etwa 1 Milliarde Euro liegen soll.

### **Gaspreiserhöhung trotz Charkiwer Verträge**

Wie dieses Ziel erreicht werden soll, wurde am 13. Juli klar, als die Nationale Regulierungskommission für die Energiepreise eine Erhöhung der Gaspreise um 50 Prozent ab dem 1. August verkündete. Um Unmut in der Bevölkerung vorzubeugen kommunizierte die Regierung gleichzeitig, dass für die einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung Preisermäßigungen gewährt werden. Diese Beschwichtigungen scheinen jedoch nicht zu wirken. Denn die Zugeständnisse der Charkiwer Verträge, die explizit Preisnachlässe beim Einkauf von russischem Gas beinhalten, wurden gegenüber der Bevölkerung vor allem mit einer Preisgarantie für Gas begründet.

Diese Behauptung hat sich jetzt offensichtlich als Lüge entpuppt. Erklärungen, dass die Preiserhöhung eine Bedingung des IWF ist, wurden vielmehr als Ausreden wahrgenommen. Gemäß Umfragen glaubt mehr als ein Drittel der Ukrainer/innen, dass der Präsident die alleinige Verantwortung für die Erhöhung trage, ein weiteres Drittel sieht das Kabinett in der Verantwortung. Nur knapp zehn Prozent der Befragten ist der Meinung, dass der IWF Auslöser für die Erhöhung ist.

Wenn erst einmal der Winter vor der Tür steht und sich die Preiserhöhung direkt im Geldbeutel der Ukrainer widerspiegelt, dann kann sich das im Oktober unmittelbar bei den Kommunalwahlen im Ergebnis niederschlagen. Zumal Vizepremier Serhij Tihipko eine harte Politik bei Zahlungsverzügen angedroht hat.

### **Die Rückkehr von RosUkrEnerg**

Für die Opposition, und hier vor allem Julia Tymoschenko, ist die Preiserhöhung ein willkommener Anlass um auf den Skandal um die Rückkehr der undurchsichtigen Firma „RosUkrEnerg“ hinzuweisen – und daraus eventuell bei den Kommunalwahlen Kapital zu schlagen. Die Firma „RosUkrEnerg“ war von 2005 bis 2009 als

Gaszwischenhändler zwischen „Gazprom“ und „Naftogaz“ tätig. Dabei wurden Milliarden mit dem Einkauf von russischem Erdgas zu Vorzugspreisen und dem anschließenden Weiterverkauf nach Europa zu Weltmarktpreisen verdient.

Bei der Einigung nach dem „Gaskrieg“ zwischen der Ukraine und Russland am 19. Januar 2009 bestand Julia Tymoschenko auf der Ausschaltung jeglicher Zwischenhändler. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Zwischenhändler „RosUkrEnergo“ 11 Milliarden Kubikmeter Erdgas in den Untertagespeichern von „Naftogaz“ für den Weiterverkauf in den Westen gelagert, ohne dieses Gas bei „Gazprom“ zu bezahlen. Im Zuge der Einigung vom 19. Januar erhielt das ukrainische Staatsunternehmen „Naftogaz“ als Anzahlung für den Erdgastransit der russischen „Gazprom“ über das Territorium der Ukraine diese 11 Milliarden Kubikmeter aus dem Besitz von „RosUkrEnergo“. Dadurch wurde Tymoschenko in die Lage versetzt, die anstehende Gaspreiserhöhung auf die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen zu verschieben, was ihr jedoch letztendlich nichts nutzte.

Der Haupteigentümer von „RosUkrEnergo“ ist Dmytro Firtasch, er hält 45 % an dem im schweizerischen Zug registrierten Unternehmen. Firtasch klagte gegen diese Vereinbarung vor dem Stockholmer Schiedsgericht (in allen Gasverträgen zwischen Russland und der Ukraine gilt im Streitfall schwedisches Recht). Wie jetzt bekannt wurde, gab das Schiedsgericht „RosUkrEnergo“ in zwei noch nicht öffentlich gemachten Zwischenentscheidungen Recht. Dadurch muss „Naftogaz“ „RosUkrEnergo“ die elf Milliarden Kubikmeter Erdgas entweder natural oder zum damaligen Marktwert (kolportiert werden in der Presse die den Winterverträgen zugrundeliegenden 450 Dollar pro tausend Kubikmeter) erstatten. Hierüber müsste „Naftogaz“ 4,95 Mrd. Dollar plus einer Strafzahlung von 197 Mio. Dollar aufbringen.

### Personelle Verwicklungen der Regierung

Der Interpretation von Julia Tymoschenko nach, stehen die Gaspreiserhöhung und das Urteil aus Stockholm in einem direkten Zusammenhang und der Skandal besteht in der kampflosen Aufgabe der Positionen von „Naftogaz“ vor Gericht. Insbesondere ist hierbei die so genannte „Gashändlergruppe“ innerhalb der Partei der Regionen zu erwähnen. Diese besteht aus Präsidialamtsleiter Serhij Ljowotschkin, dem jetzigen Energieminister Jurij Bojko und dem Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine, Walerij Choroschkowskij, der gleichzeitig der größten Mediengruppe des Landes vorsteht. Hinter ihnen steht der Oligarch Dmytro Firtasch dem 45 Prozent an „RosUkrEnergo“ gehören. Firtasch war maßgeblich für die Finanzierung des Wahlkampfes von Wiktor Janukowytsch verantwortlich und hat verlässlichen Informationen nach ihm auch jetzt persönlich finanziell unterstützt.

Jurij Bojko unterzeichnete in seiner damaligen Funktion als Vorstandsvorsitzender von „Naftohas Ukrainy“ 2004 die Verträge mit „RosUkrEnergo“. Eine Unterschrift, die sich für ihn auch finanziell lohnte. Heute gibt er als Energieminister der Leitung von „Naftogaz“ direkte Anweisungen. Offiziell sind die Entscheidungen des Stockholmer Gerichts noch nicht verkündet und ebenso handeln auch die Vertreter der ukrainischen Regierung. Wie glaubhaft Tymoschenkos Interpretation der Gaspreiserhöhung für die Bevölkerung ist, wird sich auch am 31. Oktober an den Wahlurnen zeigen.

Der Artikel erschien zuerst bei der [Heinrich-Böll-Stiftung](#)

Autoren: **Kyryl Savin** und **Andreas Stein** — Wörter: 884

Dr. Kyryl Savin ist Leiter des [Länderbüros der Heinrich-Böll-Stiftung](#) in Kiew. Das komplette Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung zur Demokratie in der Ukraine finden Sie [hier](#)

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

**Namensnennung.** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

**Keine kommerzielle Nutzung.** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

**Weitergabe unter gleichen Bedingungen.** Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

**Haftungsausschluss**

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.